

Policy Paper 01/2012

Demographischer Wandel und Generationengerechtigkeit - Seichte Modebegriffe mit knallharter Botschaft



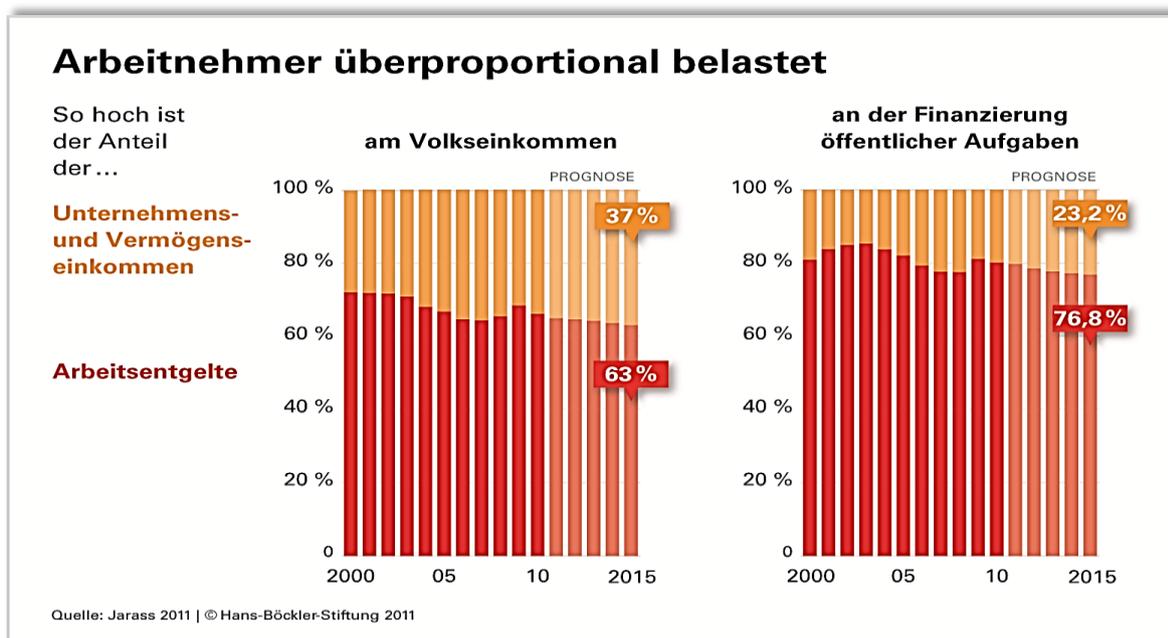
Dr. Christian Christen
Wirtschaftswissenschaftler/Publizist

cchristen@chefvolkswirt.net
www.chefvolkswirt.net

Demographischer Wandel und Generationengerechtigkeit

Kaum ein Tag vergeht an dem nicht wortreich erklärt wird, dass die Zeit der sozialstaatlich „überbordenden“ Politik der Umverteilung vorbei sei. Besonders im Umfeld der als Euro- bzw. Staatsschuldenkrise bezeichneten Situation ist dies eine gängige Floskel, mit der stets die Aufforderung zum „Gürtel enger schnallen“ daherkommt. Hierzu geisterten schon lange vor der Krise unzählige Mythen zum überbordenden Sozialstaat und den positiven Effekten von Kürzungs- und Sparorgien durch die Debatten. In Aussicht gestellt wird stets, dass nach einer Phase harter Anpassung auch die Mehrheit der Bevölkerung die Früchte der Strapazen ernten könne. Dies verklausulierte Versprechen nach einem „Wohlstand für alle“ hat sich für viele Menschen längst erledigt. Denn nicht nur bei uns muss ein stetig wachsender Teil der Bevölkerung mit sinkenden Realeinkommen, steigenden Lasten und Unsicherheiten sowie zunehmenden psychische wie physische Anforderungen im Arbeitsalltag begnügen.

Ernsthaft wird keine positive Reformdividende (u.a. mehr Wohlstand und soziale Sicherheit) mit dem Abbau des Sozialstaats mehr in Aussicht gestellt. Das Wort „Reform“ ist deshalb zu Recht in Verruf geraten. Aktuell sollen über die darüber transportierten Sparanstrengungen in Europa nur noch das Ende der Währungsunion und des Binnenmarktes verhindert und die Umverteilung von Risiken und privater Schulden an die öffentliche Hand gestützt werden. Und um keine Missverständnisse zu fördern: Etwa dreiviertel des Steueraufkommens gehen auf Lohn- und Verbrauchssteuern zurück. Schon deshalb gibt es bisher keinen signifikanten Beitrag hoher Einkommen und der Besitzer des Finanz-/Sachvermögen zur Finanzierung der „Krisenkosten“. Der Slogan zahlreicher Proteste seit 2007 „Wir zahlen nicht für eure Krise“ ist zwar sympathisch und eingängig, bleibt aber reines Wunschdenken.



Zumindest eins sollte nach fünf Jahren Dauerkrise klar sein: Ohne generelle Änderungen des Steuersystems (Einnahmeseite) stützen sich alle Versuche des Schuldenabbaus auf die Hoffnung nach einem langfristig stabilen, hohen Wirtschaftswachstum und eine verstärkte Besteuerung der Mehrheit bei radikalem Spardiktat (Ausgabenkürzung) – beides bedingt einander. Wie jedes Mal wird nun aber die Hoffnung in die Austeritätspolitik und nebulöser Strukturreformen enttäuscht werden und so läuft die Suche nach eingängigen Legitimationen für die Spardoktrin und den Sozialabbau auf Hochtouren. Dazu lassen sich alle Argumente um den *demographischen Wandel* und die *Generationengerechtigkeit* glänzend nutzen, denn sie erfüllen schon lange diesen Zweck und werden bereits wieder bemüht und mit „Schaum vor dem Mund“ hinausposaunt.

Alter Wein in noch älteren Schläuchen

Die Positionen sind alle nicht neu, sondern begleiten die Sozialstaatsdebatte seit mehr als 50 Jahren. Auch waren die Argumente nie auf die Frage der Organisation und Finanzierung einer Alterssicherung begrenzt. Seit jeher ging es stets auch um die langfristige Tragfähigkeit öffentlicher Haushalte und Organisation aller Transfer- und Steuersysteme. Genau deshalb lässt sich die Frage zur Generationengerechtigkeit und über die Tragfähigkeit finanzieller Lasten mittels Interpretationen des demographischen Wandels instrumentalisieren. Nach kurzer Pause wird also der Bocksgesang um die demographische Krise wieder anschwellen und es wird sich beobachten lassen, wie unzählige Wortmeldungen den Erkenntnisstand der Debatten zur Bevölkerungsfrage des 19. Jahrhunderts mühelos unterbieten.

Selbstverständlich gibt es himmelschreiende Ungerechtigkeiten und der demographische Wandel lässt sich nicht leugnen. Ebenso hat der Wandel der Bevölkerungsstruktur immer soziale, ökonomische, politische und kulturelle Konsequenzen. Gesellschaften und Nationen haben sich verändert und werden sich weiter ändern, denn sie sind keine statischen Gebilde. Die Menschen und die von ihnen organisierte Politik reagierten stets auf demographische Herausforderungen. Zum letzten Mal etwa in Europa umfassend und durchgreifend ab dem 19. Jahrhundert mit der Etablierung des Sozialstaates. Denn das Ende des vorindustriellen demographischen Regimes und die Industrialisierung erzeugten radikale Umwälzungen, die eine solch starke Reaktion „erzwang“. Heute sind aber in den Industrienationen hysterische Warnungen vor der demographischen Krise mehr als irrational.

Nun lässt sich die Aussage relativieren, in Abrede stellen und können weiter apokalyptische Untergangsszenarien entworfen werden. Wahlweise lassen sich die Bevölkerungsexplosion in den wenig industrialisierten Regionen, die Vergreisung des Planeten oder das Aussterben von „Kulturvölkern“ (meist sind die Bewohner in den Industrienationen gemeint) und den Krieg der Generationen beklagen. Dienen diese Wortmeldungen nur der schaurigen

Unterhaltung eines reizüberfluteten Publikums, wäre es kaum der Rede wert. Allerdings fördern diese Interpretationen – bewusst oder unbewusst – nicht nur Fatalismus und ein regressives Diskussionsklima. Vielmehr greift die Politik viele der so formulierten Meinungen auf, begründet ihre Reformvorstellungen und versagt bei der Lösung tatsächlicher Probleme.

Zumindest sollten alle Beiträge warnender Machart folgendes zur Kenntnis nehmen: *Erstens* wird über die Effekte des Bevölkerungswandels wie deren Ursachen seit Jahrhunderten sehr kontrovers diskutiert. Die Sinnhaftigkeit demographischer „Erklärungen“ wird zweifellos durch den gesellschaftlichen Kontext bestimmt und der ist im 21. Jahrhundert anders als etwa im 19. Jahrhundert. Folglich lassen sich Argumente und Interpretationen aus dieser Zeit auch nicht problemlos fortschreiben. Eben deshalb haben sich *zweitens* überzeitliche, ahistorische Gesetzmäßigkeiten als wenig tragfähig herausgestellt. Allen aufgeregten Beiträgen würde ein tieferes Verständnis über ihren Gegenstand, mehr Bescheidenheit und Differenzierung gut zu Gesicht stehen. Selbstverständlich würde aber der Werbeeffect der Hiobsbotschaften sinken und nur aus diesem Grund werden die steilen Thesen und Prognosen auch weiter zum Geschäftsmodell von „Experten“ und „Querdenker“ gehören.

Im Unterschied dazu wird im seriöseren Strang der Bevölkerungsdebatte *drittens* anerkannt, dass sich der Erklärungsgehalt demographischer Effekte stetig relativiert und ganz andere sozioökonomische Aspekte gravierender Effekte haben. Schließlich wird *viertens* seit Beginn des 20. Jahrhunderts davon abgesehen, komplexe gesellschaftliche Probleme und soziale wie ökonomische Entwicklungen eindimensional demographisch erklären zu wollen. Wer dies heute trotzdem noch versucht, muss soziale, ökonomische, politische oder kulturelle Sachverhalte bis zur Lächerlichkeit banalisieren. Beispielhaft zeigt sich dies in den Debatten zur Entwicklung der Beschäftigung (u.a. der demographisch verursachte Fachkräftemangel), um die demographische Tragfähigkeit öffentlicher Schulden und der generationengerechten Finanzierung sozialer Sicherungssysteme. Ebenso verkürzt und somit haltlos sind unzählige Aussagen zu den Effekten der „Alterung“ der Gesellschaft auf die Produktivität der jeweiligen Beschäftigten und zur generellen Entwicklungsdynamik ganzer Volkswirtschaften (nur jung und expansiv gilt als innovativ, produktiv und wachstumsförderlich).

Die Liste ließe sich beliebig ergänzen, da in Politik, Medien und Öffentlichkeit der Drang groß ist, dynamische sozioökonomische Prozesse für die Kommunikation handhabbar zu machen. So werden dann gerne auf über Jahrzehnte angelegte Prognosen (Entwicklung bis zum Jahr 2040/50/60) angeführt und strenge Kausalitäten im Hinblick auf biologische Zuschreibungen (Alter) behauptet und gehofft, es würden sich so eindeutige, objektive Ergebnisse „beweisen“ lassen und Handlungsempfehlungen automatisch ergeben. Nun ist der Hinweis zwar banal aber dennoch richtig, dass es mit der Tragfähigkeit und Objektivität von Prognosen nicht weit her ist – besonders wenn sie die Zukunft betreffen. Selbst in normalen Zeiten lässt sich etwa die Konjunkturentwicklung von den volkswirtschaftlichen Abteilungen in-/außerhalb der

Universitäten und der „Wirtschaft“ über die kurze Frist hinaus nicht exakt prognostizieren. Die Revision ist Alltagsgeschäft. Ganz zu schweigen von fehlerhaften oder gänzlich fehlenden Deutungen wie jeder/jede exemplarisch im Umfeld der jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise beobachten konnte. Von der Mehrheit der Fachwissenschaft, in Politik und Medien ist diese Krise nicht einmal im Ansatz „prognostiziert“ oder überhaupt für möglich gehalten worden.

Aber nicht die statistischen Schwierigkeiten der Prognose sind entscheidend für die harsche Kritik der zeitgenössischen Debatten um den Bevölkerungswandel. Zahlen für sich sagen nämlich nie etwas aus. Sie sind nur logisch oder unlogisch, also mathematisch richtig oder falsch berechnet. Dies ist der formale Kern der Bevölkerungswissenschaft. Problematisch ist aber immer die sozioökonomische Interpretation der Fakten und extrapolierten Daten. Diese Interpretationen basieren nämlich stets auf einem Set sozialwissenschaftlicher Annahmen und einem theoretischen Ansatz. Hier liegt das Grundproblem: Alle Annahmen wie auch das theoretische Gerüst sind nie objektiv richtig oder falsch, nicht eindeutig wahr und sakrosankt. D.h. es gibt mindestens gleichwertige, alternative Annahmen, Ansätze und Interpretationen. Je nach theoretischem Bezug und Gewichtung der behaupteten Effekte verändern sich der Stellenwert und Erklärungsgehalt des demographischen Wandels. Allein deshalb verbietet sich jeder unkritische Bezug auf die normative Kraft des Faktischen (hier der Zahl/Statistik) und die Aussagekraft langfristiger Prognosen.

Auch Versager brauchen Legitimation

Gänzlich unbeleckt von der eben formulierten Kritik werden nach wie vor modelhaft fundierte „Meinungen“ im Fachjargon als objektive Tatsachen präsentiert und dann zur Richtschnur politischen Handelns umgebogen. Nun bieten nicht allein der mangelnde Realitätsgehalt der Prognostik und die Apodiktik der Äußerungen ein Anlass zur Sorge. Vielmehr verabschiedet sich mit jeder starken Betonung demographischer Aspekte das Denken in gesellschaftlichen Kategorien und der Gestaltungsanspruch der Politik, der über ein technokratisches umsetzen vermeintlich alternativloser Vorgaben weist. Als Ursache sozialer Ungleichheit und gestörter ökonomischer Dynamik scheint in dieser Perspektive zwingend, dass die wachsende Zahl der „Alten“ und die zu geringe Kinderzahl (sinkende Geburtenraten) das Übel der Zeit sei – zumindest in Deutschland und allen anderen Industrienationen. Unverblümt ausgedrückt: die Alten sind ständige Last, kosten zu viel und bringen zu wenig Leistung.

Hier trifft sich ein in der medialen Endlosschleife geprägtes Alltagsverständnis mit dem latenten Bevölkerungspessimismus in der Wirtschaftswissenschaft. Latent deshalb, da die „Bevölkerung“ in der Ökonomie und im stark modeltheoretischen Ansatz immer Störfaktor ist: Deren Entwicklung lässt sich *einerseits* nie hinreichend in die Modelle integrieren und so wird die Vereinfachung zur Pflicht. *Andererseits* wird die Debatte seit dem 18. Jahrhundert vom

ewigen Lamento geprägt: Entweder die Bevölkerung wächst zu schnell und es gibt zu viele Menschen (Angst vor der Überbevölkerung). Sie stagniert, schrumpft und die Altersstruktur macht großes Kopfzerbrechen (Angst vor Unterbevölkerung und demographischer Alterung), oder es vermehren sich die falschen Menschen. Auch dieser eugenisch, sozialdarwinistische Ansatz ist nicht erst seit dem Bestseller von Thilo Sarrazin bekannt, sondern so alt wie die sozialwissenschaftliche Debatte. Im Kern ist über die Zeit nur eins für die Ökonomie konstant geblieben: Wie es die Menschen mit ihrer biologischen Reproduktion auch halten mögen, sie machen es in jedem Fall verkehrt und stören deren idealtypische Modellwelt.

Inwieweit Politik, Medien und Öffentlichkeit diese Sichtweise übernehmen und den Verstand ausschalten, lässt sich gut an Debatten um die „Generationengerechtigkeit“ belegen. George Orwell hätte seine wahre Freude gehabt an der Wortschöpfung und den Kampagnen, um die Argumente in den Debatten fest zu verankern. Der Begriff *Generationengerechtigkeit* ist inhaltlich ebenso alt wie die gesamte Bevölkerungsdebatte. „Entwickelt“ wurde der Begriff aber erst in den 1970er Jahren und – nach Rückschlägen – wird er zur Sozialstaatskritik ab den 1990er Jahren breit verwendet. Der Begriff ist modern, eingängig und errichtet für die Kritik eine hohe Hürde. Denn wer ist schon guten Gewissens gegen mehr Gerechtigkeit? Genau diese Sprachbarriere verhindert oft zu fragen, was Generationengerechtigkeit exakt meint und ob die Reformen zur Erzielung von Generationengerechtigkeit überhaupt Gerechtigkeit schaffen können.

Stattdessen ist man schnell bereit, Generationengerechtigkeit irgendwie richtig, gut und wichtig zu finden. Allerdings ist es völlig unerheblich, was sich „Lieschen Müller und Hänschen Klein“ in Politik, Medien und Gesellschaft unter Generationengerechtigkeit alles so vorstellen können. Auf dieser Diskursebene lässt sich nie ein zutreffendes Verständnis von Generationengerechtigkeit und dessen Funktionen in der Debatte finden. Mit Hilfe medial inszenierter Tabubrüche ließ sich deshalb relativ unwidersprochen über die geschmeidige Wortschöpfung zunehmend Positionen popularisieren, die zuvor noch als reaktionär oder stark bedenklich galten. Wer nun etwas anderes, positives mit Generationengerechtigkeit verbindet, sollte zuerst die Grundlagentexte und Definitionen prüfen und die Wirkungen der Vorschläge in ihrer sozialen, ökonomischen Tragweite erfassen, was an dieser Stelle nicht geleistet werden kann.

Begriff, Konzeption wie Empfehlungen zur Erzielung von Generationengerechtigkeit ruhen auf klaren Annahmen und Positionen der ökonomischen Orthodoxie – also der Neoklassik in allen ihren Spielarten und des Neoliberalismus. Die dahinter stehende Logik setzt deshalb nicht nur die erwähnte Austeritätspolitik (Sparen um jeden Preis) in allen Facetten voraus. Daneben werden die strikte Kostensenkung im System der gesetzlichen Rente und schließlich sämtliche Leistungen der medizinischen Versorgung und Pflege zur Disposition gestellt. Pseudowissenschaftlich verpackt mündet die dabei meist nachgereichte Förderung

von mehr Eigenverantwortung im reibungslosen Abbau von Leistungen und der wahlweisen markt- oder politikgesteuerten Rationierung. Was daran „gerecht“ sein soll erschließt sich nur demjenigen, der Gerechtigkeit als stetigen Kampf um sinkende Ressourcen und Darben auf niedrigem Niveau in einer Welt versteht, die vor finanziellem Reichtum und Fortschritten in der Produktivität nur so strotzt.

Die Modebegriffe Demographie und Generationengerechtigkeit eignen sich damit vorzüglich für das politische Personal, die sie beratenden Experten und zahlreichen Journalisten um ihre Botschaften zu transportieren und den notwendigen Sozialabbau und die favorisierten Spardiktate zu legitimieren. Sie dienen zugleich als billige Ausrede, warum die Ansätze alternativlos sind und die Situation trotz „Reformen“ nicht besser wird und so *ad infinitum* die ewig gleichen „Reformen“ notwendig bleiben. Denn jeder Mensch würde irgendwann den Sinn einer Wirtschafts-, Sozial-, Finanzpolitik hinterfragen, die noch jedes Mal an den eigenen Ansprüchen scheiterte. Der Verweis auf die demographische Krise und die mangelnde Generationengerechtigkeit bietet nun die exzellente Möglichkeit eine solche Kritik und Forderung nach Politikwechsel abzuwehren. Denn angesichts des demographischen Wandels verbiete sich ein solcher Wechsel, da die Lasten zukünftiger Generationen schon heute viel zu hoch seien – so der Tenor jeder lahmen Rechtfertigung des Versagens und Immunisierung vor Kritik.

Ungeachtet aller Lobbytätigkeiten, medialer Kampagnen und dem täglichen „Einheitsbrei“ der Meinungen käme man demnach bei der Argumentation für eine alternative Politik kaum weiter, da jeder vernünftige Mensch die „Fakten“ des Bevölkerungswandels akzeptieren müsse. Wird diese demographische Endlosschleife nicht durchbrochen, bleibt man gefangen in Konzepten, die gestern, heute und auch morgen die Lösung gesellschaftlicher Probleme verhindern und neue schaffen. Es wird oft nur erreicht, was rhetorisch abgewendet werden soll: die Ungerechtigkeiten nehmen stetig zu und werden unsere Gesellschaft auf Jahrzehnte prägen – wie alt man ist und welcher Generation man angehört ist dabei vollkommen egal.

Ein Erfolg wird zum Problem

Wie angeführt ist die gesamte öffentliche Debatte um den demographischen Wandel und die Generationengerechtigkeit von Vereinfachungen und Banalisierungen geprägt. Folglich ist es durchaus redlich, auf diese Komplexitätsreduktion zugespitzt zu parieren. Problemlos ließen sich die folgenden Aussagen differenzieren, theoretisch wie empirisch unterfüttern. Diesen Anspruch müssten aber zunächst die erfüllen, die demographische Erklärungen sozialer Prozesse, von sozialer Ungleichheit wie ökonomischer Probleme anbieten und daraus ihre Reformvorstellungen ableiten.

Wie erwähnt ist der beklagte demographische Wandel nichts Neues, sondern setzte in allen Industrienationen vor über 150 Jahren ein. Von 4-5 Kindern pro Paar sank dabei etwa die Geburtenrate auf 2-3 Kinder bis Mitte des 20. Jahrhunderts und 1-2 Kinder heute, gleichzeitig stieg die durchschnittliche Lebenserwartung. Ohne demographischen Wandel würde demnach die Bevölkerung zwar jünger und der Anteil älterer Menschen niedriger sein. Aber es würden etwa doppelt so viele Menschen in Deutschland leben. Die entsprechenden Probleme kann man sich ohne viel Phantasie vorstellen und sie lassen sich in den wenig entwickelten Ländern mit starkem Bevölkerungswachstum konkret betrachten. Unter diesen Bedingungen würde kaum vor der „Überalterung“ unserer Gesellschaften, aber wohl von der Überbevölkerung in den Industrienationen gewarnt werden. Natürlich wächst aufgrund dieser zwei Prozesse selbst bei uns noch der Anteil der „Alten“ an der Bevölkerung, um nach allen Prognosen ab dem Jahr 2040 zu sinken. Dann ist nämlich der „Geburtenüberhang“ aus den geburtenstarken Jahrgängen der 50er/60er Jahre abgebaut und die Altersgruppen werden sich relativ gleichmäßig verteilen.

■ Altersstruktur und Bevölkerungsentwicklung

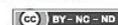
Anteile der Altersgruppen in Prozent, Bevölkerungsstand in absoluten Zahlen, Europa*, 1950 bis 2050**



* eine Übersicht der 48 Staaten/Gebiete, die das Department of Economic and Social Affairs (UN/DESA) zu Europa zählt, finden Sie unter: <http://esa.un.org/unpd/wpp/Excel-Data/definition-of-regions.htm>

** Angaben auf Basis der im Jahr 2010 zur Verfügung stehenden Daten

Quelle: United Nations – Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2011). World Population Prospects: The 2010 Revision
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de
Bundeszentrale für politische Bildung, 2011, www.bpb.de



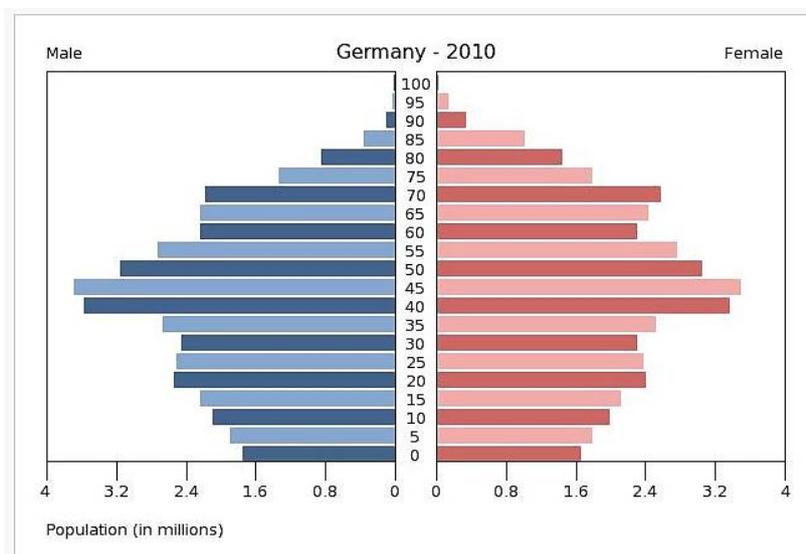
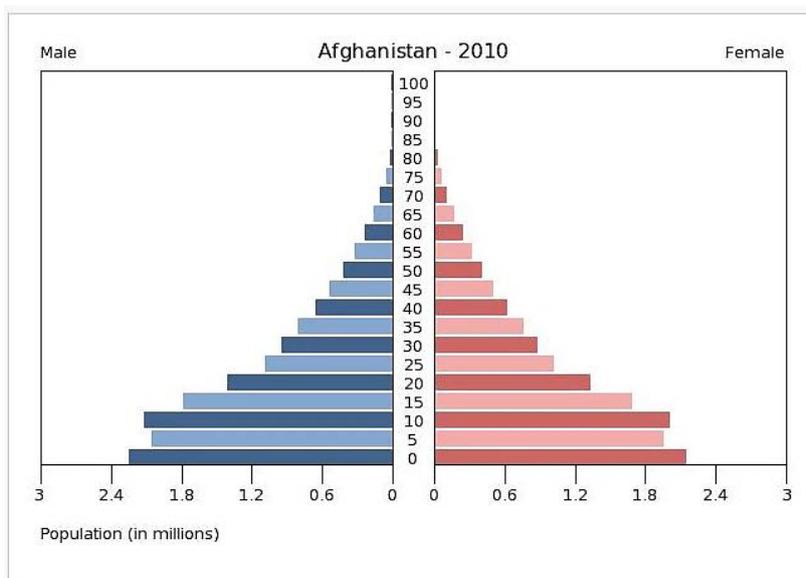
Seite

Die skizzierte Entwicklung hat sich im Zuge der Industrialisierung in allen Gesellschaften durchgesetzt oder wird angestrebt. Denn sinkende Geburten- und Sterblichkeitsraten sowie

eine steigende Lebenserwartung sind zentraler Ausdruck zivilisatorischen Erfolgs. Wer dies nicht glauben möchte, sollte sich die Realität in den Entwicklungsländern ansehen: Dort gibt es ein höheres Bevölkerungswachstum und ein niedrigeres Durchschnittsalter aber auch eine hohe Kindersterblichkeit, und die Lebenserwartung ist viel niedriger als bei uns. Trotz der jungen Bevölkerungsstruktur ist dort aber das Sozialprodukt verschwindend gering, die Wertschöpfung und Produktivität niedrig, und es existiert kein annähernd vergleichbares Sozialsystem wie im „vergreisenden“ Deutschland oder in den anderen Industrienationen.

Nach der simplen Logik derjenigen, die ständig eine „Überalterung“ und die Stagnation des Bevölkerungsexpansion beklagen, würde gesellschaftliche Entwicklung wie folgt aussehen: Der Auf- und Ausbau des Sozialstaates, die Industrialisierung, die Produktivitätssteigerung und Wertschöpfung wäre möglich, wenn (i) hohe Geburtenraten, (ii) durchschnittlich niedrige Lebenserwartung und (iii) dauerhaftes Bevölkerungswachstum gegeben wären. Es müsste aber auch exponentielles Bevölkerungswachstum notwendig sein, da nur dann die ebenso beklagten pro Kopf Belastungsrelationen (jung zu alt) bei der Finanzierung der „Alten, Kranken und Armen“ konstant niedrig gehalten werden können. Die Absurdität dieser Logik sollte deutlich sein. Ansonsten schärfen ein Blick in die Geschichte der Industrialisierung und der klare Entwicklungsabstand zwischen den Nationen die Wahrnehmung: Denn die Länder, die demographisch allen drei Punkte am nächsten kommen, finden sich alle am Ende aller Entwicklungsskalen. Sie sind faktisch von Wachstum und Entwicklung abgehängt und weite Teile der Bevölkerung kämpfen jeden Tag ums Überleben.

Eingängig sind zwar alle Abbildungen zum Bevölkerungsaufbau und der Altersstruktur der Bevölkerung. Sie bebildern jedoch nur die eben dargestellte absurde Logik. Auch hier gilt: der Schein trügt und vor allem gibt es keine „optimale“ Bevölkerungsstruktur losgelöst vom sozialen, ökonomischen, politische, kulturellen und historischen Kontext der Gesellschaft. Eben deshalb stehen die Pyramidenform nicht für ein sozioökonomisches Erfolgsmodell, ebenso wenig der „Bienenkorb“ für Ineffizienz und sozialen Rückschritt. Wenn überhaupt kennzeichnet die Pyramide die Bevölkerungsstruktur in rückständigen Regionen, so wie es eben auch bei uns in der frühen Phase der Industrialisierung die Realität war und angesichts der skizzierten Zusammenhänge heute kein Grund zur Panik ist. Auch hier dient der Blick über den nationalen Tellerrand und in die globale Statistik der Klärung.



Vernachlässigt wird in der simplen Logik meist die ebenso einfache Frage, warum trotz demographischen Wandels und massiver Belastungen die industrielle Entwicklung möglich wurde und in den Industrienationen nicht schon vor 100 oder 50 Jahren zum ökonomischen Zusammenbruch und des sozialen Lebens führte. Die Antwort ist ebenso einfach: Weil die anfallenden Lasten aus dem Produktivitätsfortschritt und dem wachsenden gesellschaftlichen Reichtum finanziert werden konnten. Nun kann man einwenden, dass diese Organisation immer mehr schlecht als recht funktioniert und sämtliche Nachteile der Industrialisierung (Umweltzerstörung, Ausbeutung uvm.) dabei nicht beachtet werden. Der Hinweis ist zwar richtig, aber auch dafür können demographische Entwicklungen nicht verantwortlich gemacht werden. Ausschlaggebend bleiben politische und gesellschaftliche Fehlentscheidungen, nicht die Art und Weise der biologischen Reproduktion und des Bevölkerungsaufbaus.

Fakt bleibt: der demographische Wandel ist zuallererst Ausdruck sozialen Fortschritts. Diesen Erfolg primär als Problem wahrzunehmen ist zwar Mode, bleibt aber trotzdem falsch.

Denn auch bei über die Jahrhunderte prozentual sinkender Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts, Wirtschafts- und Finanzkrisen sowie Konjunkturerinbrüchen steigen (i) das Sozialprodukt und die Gewinne/Vermögen absolut und (ii) die Produktivität der Arbeit und der Wirtschaft. Letzteres kann (und muss) auch in Zukunft weiter steigen, um so u.a. den Ressourcenverbrauch stark zu reduzieren und die Umweltprobleme radikal zu begrenzen. Wir werden also weiter produktiver werden und können in weniger Stunden und mit weniger Menschen als vorher Güter und Dienstleistungen herstellen, die eben auch eine alternde Gesellschaft braucht. Trotzdem soll die Mehrheit auf soziale Leistungen verzichten und einsehen, dass ihre Löhne/Einkommen zu hoch sind und die anfallenden Belastungen für eine alternde Gesellschaft nicht mehr finanzierbar wären. Wer diese Positionen ernst nimmt und zu Ende denkt, muss die bisherige Sozialgeschichte auf den Kopf stellen und ständig die demographische Krise beschwören, um die Ungleichheit zu „erklären“ und Ansprüche nach Lösung dieser Probleme abzuwehren. Denn so wie die Armut und Belastung für bestimmte soziale Gruppen steigt, so wachsen der Reichtum und die Entlastung von der Finanzierung eines sozialen Gemeinwesens an andere Stelle. Alles dies lässt sich seriös eben nicht mit Geburtenraten, Stagnation oder Schrumpfen von Bevölkerungen oder der Alterung der Gesellschaft erklären, sondern ist profanes Ergebnis der konkreten Steuergesetzgebung und der verfolgten Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Demagogie mit der Demographie

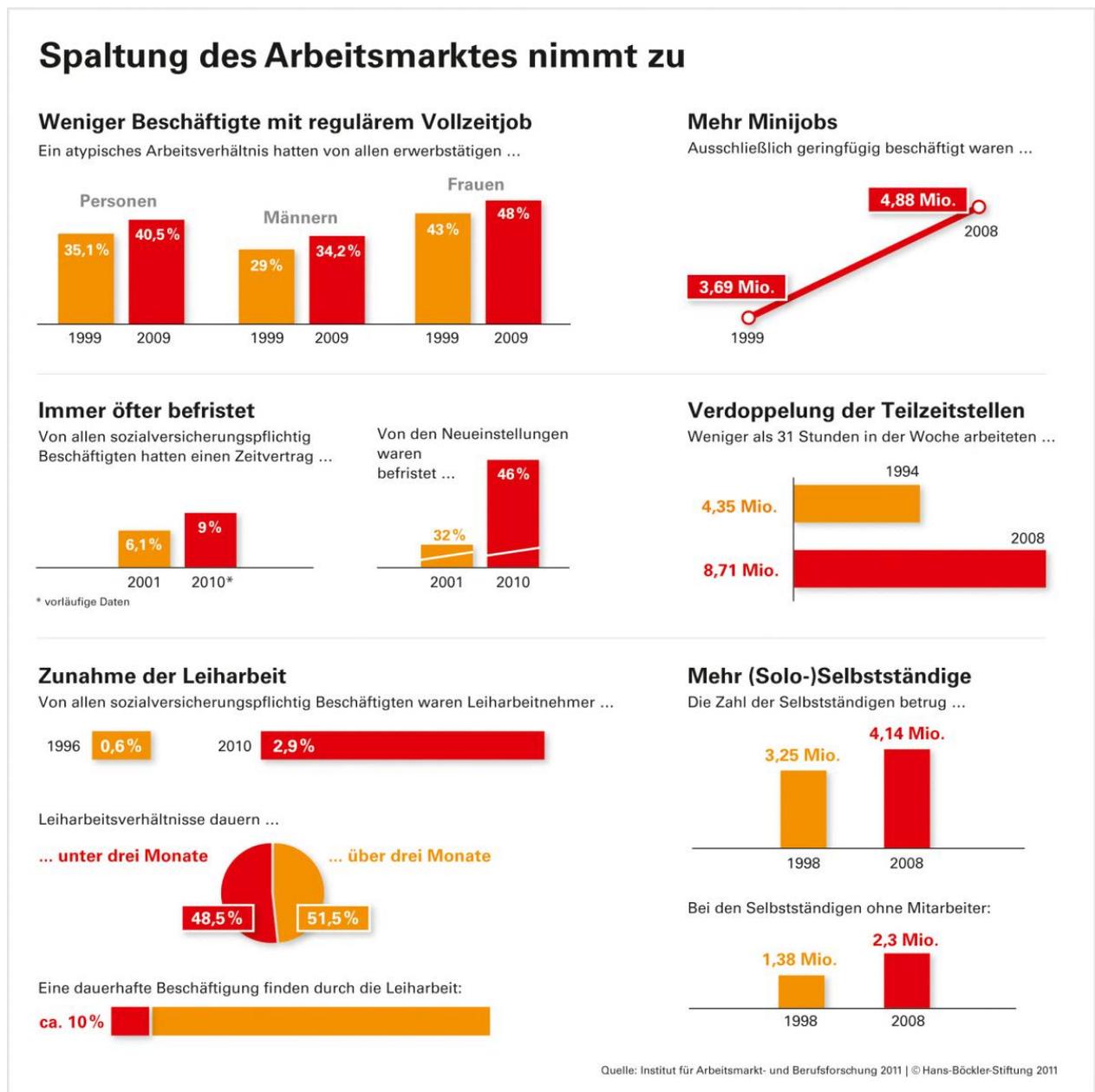
Die unterstellte demographische Krise eignet sich nun besonders zur Demagogie, da die behaupteten Zusammenhänge auf den ersten Blick überzeugen. Dies gelingt vor allem durch die Gegenüberstellung verschiedener Altersgruppen. Hierzu wird die Gruppe der Alten (über 60 Jahre) zu der Gruppe der Jungen (20-59 Jahre), dem hauptsächlich erwerbsfähigen Bevölkerungsteil, ins Verhältnis gesetzt, um darüber den Altenquotienten zu ermitteln. Ähnliches geschieht mit der Gruppe der Kinder und Jugendlichen (0-20 Jahre), aus der sich der Jugendquotient ermitteln lässt. Beides ergibt den Gesamtquotienten. Er gilt als Maß der Gesamtbelastung für die Erwerbstätigen. Denn diese Gruppe finanziert über Beiträge und Steuern die Alten und die Kinder/Jugendlichen, die ihrerseits leistungslose Einkommen (Sozialtransfers) erhalten. Gleichzeitig wird über Steuern und Abgaben die Infrastruktur zur Daseinsvorsorge finanziert. Um die Belastung der Erwerbstätigen genauer zu fassen, steht in der öffentlichen Debatte allerdings eine Verhältnisgröße im Zentrum: der Rentnerquotient. Er drückt aus, wie sich das Verhältnis von Erwerbstätigen (Beitragszahlern) zu den Rentnern (Leistungsempfängern) verschiebt. Hingewiesen wird meist darauf, dass früher bis zu zehn Personen einen Rentner finanziert haben, heute nur noch zwei bis drei, und dass in Zukunft jedem Rentner ein Erwerbstätiger gegenüberstünde. Zu Ende gedacht wird also hier implizit ein exponentielles Bevölkerungswachstum gefordert (s.o.).

Nun lässt sich gegen die Veränderungen im Altersaufbau der Gesellschaft wenig vorbringen. Wichtiger ist aber die Frage, wie hoch die Aussagekraft von Pro-Kopf-Verhältnissen in Bezug auf die Finanzierbarkeit des Sozialstaats ist, oder inwiefern deren Veränderungen die *Generationengerechtigkeit* verletzt. Die Antwort lautet: die Aussagekraft von abstrakten Relationsverhältnissen ist gleich null! Denn *erstens* sind die herangezogenen Verhältnisse (Rentner-, Alten- und Jugendquotient sowie Belastungsquotienten) und deren Entwicklung von Land zu Land und selbst in einem Land verschieden, je nachdem, welche Methode und Bezugsgröße gewählt wird. Offensichtlich besteht auch keine absolute Grenze, ab der die demographischen Verhältnisse zum realen Problem werden. Anders gesagt, es gibt schlicht keine ideale Bevölkerungsstruktur, mit idealen Geburten- und Todesraten. Darüber hinaus sagt die Höhe des Rentner-/Altenquotienten nichts über das mögliche Wirtschaftswachstum, den Produktivitätsfortschritt und somit den Verteilungsspielraum aus.

Zweitens beinhalten die Vorstellungen über die Altersgruppen und deren Produktivität absurde Vereinfachungen. Denn weder sind alle aus der Gruppe der Jungen (20-59 Jahre oder 15-65/67 Jahre) tatsächlich erwerbstätig oder die Alten alle nicht mehr erwerbstätig, noch werden die unterschiedlichen Erwerbsbiographien (etwa Teilzeit- oder Vollzeitarbeit, Arbeitslosigkeit, Studium, vorzeitiger Ruhestand) in dieser Betrachtung abstrakter Quotienten beachtet. Schließlich ist nicht jeder alte Mensch so stark gesundheitlich angeschlagen und hilflos, entsprechend steigen nicht automatisch für jede/n die Gesundheitsausgaben mit fortschreitendem Alter stark an. In alle diesen Fällen würde eine verbesserte Vorsorge, der Umbau der Arbeits- und Lebensverhältnisse rationaler sein, als über den Sozialabbau den sozialen wie ökonomischen Druck zu erhöhen und die Lebenssituation zu verschlechtern. Diese idiotische Strategie führt nur offensichtlich zum Anstieg von gesundheitlichen und psychischen Schäden, Angst, Unzufriedenheit, sinkender Produktivität und konterkariert damit noch jeden Anspruch, den demographischen Herausforderungen gerecht zu werden.

Drittens entscheiden die *tatsächliche Erwerbstätigkeit* und die Produktion über den Aufbau und die konkrete Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und nicht Verhältnisgrößen zwischen Altersgruppen. Beispielsweise lebten in Deutschland Ende 2011 rund 81,8 Mill. Menschen, das Erwerbspersonenpotential (15-65 Jahren) betrug rund 54 Mill. und lediglich ca. 41 Mill. Personen waren erwerbstätig. Sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren davon 28,8 Mill. Personen, wobei etwa 30 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnbereich tätig waren. D.h., je höher die Massenarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, niedriger die Löhne und prekärer die Beschäftigungsverhältnisse desto weniger Einnahmen gibt es u.a. für die Sozialsysteme bei steigenden Ausgaben aufgrund der Massenarbeitslosigkeit und strukturellen Verarmung. Auch diese Entwicklung ist nicht demographisch verursacht, sondern (i) konkretes Ergebnis der Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, des Ausbaus des Niedriglohnbereichs und stagnierender Reallöhne sowie (ii) den wachsenden

Möglichkeiten für einen Teil der Bevölkerung geschuldet, die sich effektiv der solidarischen Finanzierung des Sozialstaats entziehen können.



Viertens verstellt die Konzentration auf den Rentnerquotienten den Blick auf die Entwicklung des Gesamtquotienten, sprich der Gesamtbelastung. Wird eine Bevölkerung jünger, so wird der Jugendquotient stärker wachsen und der Altenquotient sinken. Wird sie älter, ist es umgekehrt und im stationären Fall werden sich die Quotienten angleichen. Die jeweiligen Belastungen für die Erwerbstätigen sind immer in dieser Kombination zu sehen. D.h. wenn eine Gesellschaft altert und der Rentnerquotient steigt, so sinkt der Jugendquotient und mit ihm sinken die Ausgaben für Kinder und Jugendliche. Selbst wenn die Ausgabenstruktur für ein Kind oder einen Jugendlichen (Bildung, Gesundheit usw.) nicht der Ausgabenstruktur für

die „Alten“ entspricht, so verringern sich dennoch die Belastungen durch die sinkenden Geburtenzahlen. Es gibt durchaus noch eine Vielzahl andere Vorteile, die sich aus einer sinkenden Bevölkerungszahl ergeben. Wer diese finanziellen Dividenden „kassiert“ und wie die strukturellen Änderungen finanziert und organisiert werden, steht aber auf einem anderen Blatt und ist gleichfalls nicht demographisch bestimmt.

Schließlich zeigt *fünftens* die langfristige Betrachtung, dass Gesellschaften steigende Alten- bzw. Rentnerquotienten sehr gut bewältigen können. Im 19. und 20. Jahrhundert ist die Lebenserwartung sehr stark gestiegen, die Geburtenrate rasch gesunken und gleichzeitig ist das Sozialprodukt pro Kopf rapide gewachsen. Die Industrieländer haben zwischen 1945 und Anfang der 1990er Jahre eine erhebliche Anzahl von Menschen in ihre Systeme der sozialen Sicherung integriert. Den Zusammenbruch der Gesellschaften durch die Effekte des demographischen Wandels gab es nicht. Warum sollte der Zusammenbruch in den nächsten Jahrzehnten bevorstehen, wo sich die unterstellten negativen demographischen Wirkungen langfristig sogar abschwächen? Einziger Grund für die schleichende finanzielle Erosion der Systeme ist die über fast alle Parteigrenzen seit mehreren Jahrzehnte verfolgte Strategie, bestimmte Personen von der solidarischen Finanzierung der Sozialsysteme auszunehmen und die Umverteilung von unten nach oben zu forcieren. Demographisch gesprochen bekommt also eine kleine Gruppe von Personen (ca. 5 Prozent der Bevölkerung; jung und alt) einen immer größeren Anteil der Wertschöpfung. Ebenso stetig steigt die Belastung der übrigen 95% (jung wie alt). Inwieweit sich dies krasse Missverhältnis in pro Kopf Relationen und Belastungsquoten demographisch erklären lässt muss jeder selbst entscheiden.

Die Alten im Schlaraffenland?

Demographie hin oder her, geht es den Alten bei uns nicht wirklich zu gut? Haben sie nicht in den letzten Jahrzehnten stetig ihren Besitz, ihr Vermögen und soziale Rechte angehäuft und verbringen sie ihren Lebensabend nicht viel zu lange als sorgenlose Rentenbezieher? Geht es kinderreichen Familien oder generell den jungen Generationen nicht wirklich schlecht? Werden sie nicht durch die Alten um ihre Zukunft betrogen, da ihnen nur Staatsschulden und leere Sozialkassen hinterlassen werden? So eingängig diese Bilder sind, so falsch bleiben sie. Richtig ist, es gibt eine stetig wachsende Zahl von Menschen, die in unseren reichen Gesellschaften mit immer weniger Einkommen und sozialen Leistungen auskommen müssen: Es gibt alte wie junge Arme; wenige reiche und noch weniger sehr reiche Bundesbürger - jung wie alt.

Tatsache ist aber auch, dass ein geringes Arbeitseinkommen und eine unterbrochene Erwerbsbiographie noch nie hohe soziale Leistungen einbrachten. Gerade deshalb gilt die Behauptung von den reichen Alten für weit über 50 Prozent der Bevölkerung nie, nämlich für

Frauen. Sie müssen mit gesetzlichen Renten von 300 bis 750 Euro auskommen, während Männer immerhin über Zahlungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung zwischen 800 und 1500 Euro verfügen. Mehr als die Hälfte aller Renten sind Kleinstrenten. Große Sprünge lassen sich damit nicht machen. Fakt ist auch, dass immer mehr ältere Menschen aus der Beschäftigung gedrängt werden und trotz aller Beteuerungen keine neuen, gut bezahlten sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse finden. In dieser Hinsicht bleibt die „Rente mit 67“ nur ein groß angelegtes Rentenkürzungsprogramm. Ältere Bürger müssen so immer früher ihre Ersparnisse aufbrauchen, um die Arbeitslosigkeit und Einkommensausfälle bis zu der mit hohen Abschlägen versehenen Verrichtung zu überbrücken. Ergebnis der bisherigen „Sozialreformen“ und sinkender Löhne ist einzig, dass dann viele Haushalte ihren Lebensstandard im Alter gar nicht sichern können. Unter den gegebenen Bedingungen wird dies künftig noch schwerer werden und die Altersarmut wird bis weit in die Mittelschicht zur Normalität werden – und hier wird auch keine private Vorsorge helfen, im Gegenteil!

Angesichts dieser Lebenswirklichkeit klingt die Rede von der *Generationengerechtigkeit* mehr als hohl, und die darüber transportierten Bilder sind grotesk. Es ist eben nicht so, dass es den Familien und Jungen schlecht geht, weil es allen Alten viel zu gut geht. Die soziale Schiefelage speist sich primär aus der ungebremsten Umverteilung von unten nach oben und den Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Heute als junger Mensch der vermeintlichen „Leistungselite“ für Sozialkürzungen zu sein und flächendeckend geringe bzw. sinkende Löhne zu akzeptieren heißt morgen schlicht, ohne ausreichendes Einkommen und soziale Leistungen in Unsicherheit leben zu müssen. Es wäre also entschiedener zu hinterfragen, warum in einer reichen Gesellschaft immer mehr Menschen – jung wie alt - mit immer weniger Einkommen und sozialen Leistungen auskommen sollen. Statt überkommene, falsche Meinungen bis zur Besinnungslosigkeit zu wiederholen ist die problemverschärfende Wirtschafts- und Sozialpolitik zu kritisieren, denn trotz allem gilt, dass alte Menschen nicht nur kosten.

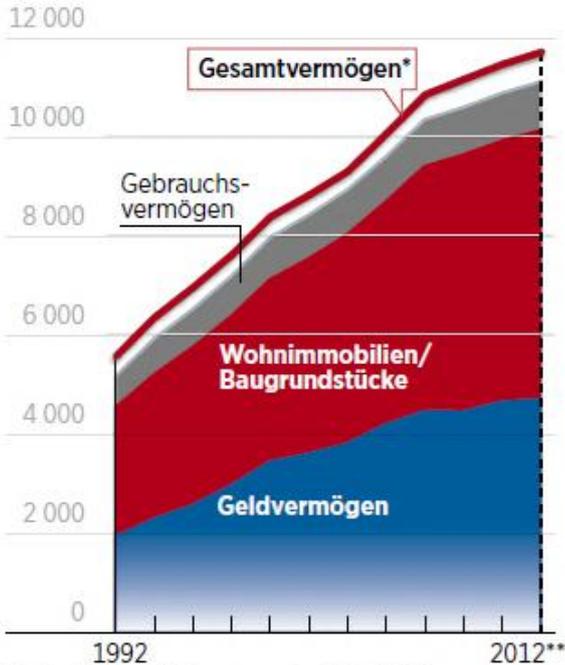
Neben den über die sozialen Sicherungssysteme transferierten Einkommen und Leistungen gibt es *erstens* beispielsweise eine kontinuierliche Umverteilung innerhalb von Familien. Damit sind Geldflüsse sowie reale Leistungen (Betreuung, Pflege, Haushaltshilfe etc.) von alt zu jung gemeint, da es schon zu Lebzeiten oder im Todesfall eine massive Übertragung von Vermögenswerten auf die Kinder gibt. Der Ausbau der sozialen Sicherung hat maßgeblich den Aufbau von Vermögenswerten möglich gemacht, die vererbt werden können. Andernfalls würde das Vermögen zur Existenzsicherung, Gesundheitserhaltung oder zur Pflege und Betreuung selbst aufgebraucht oder reduziert. Ohne den Sozialstaat würde die junge Erbgeneration also ziemlich dumm aussehen und vor allem mit leeren Taschen da stehen.

Erben in Deutschland

Erbschaftssteueraufkommen
Betrag in Mio. €

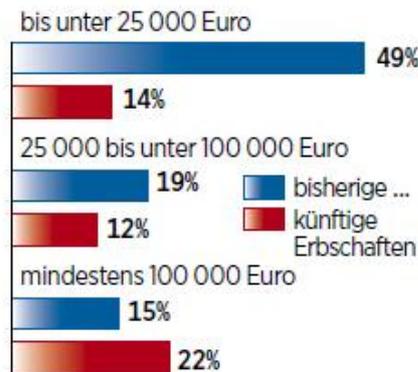


Geld- und Gesamtvermögen privater Haushalte
in Deutschland, in Mrd. €



*Die bei Addition der Vermögensarten fehlende Differenz zum Gesamtvermögen entfällt auf sonstigen Sachanlagen; **Prognose.

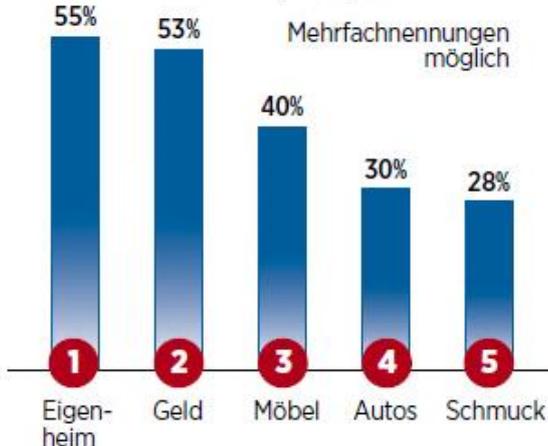
Werte der Erbschaften



Basis: Potentielle Erblasser, die eine Schätzung abgeben, Rest auf 100 ohne Nennung

Handelsblatt

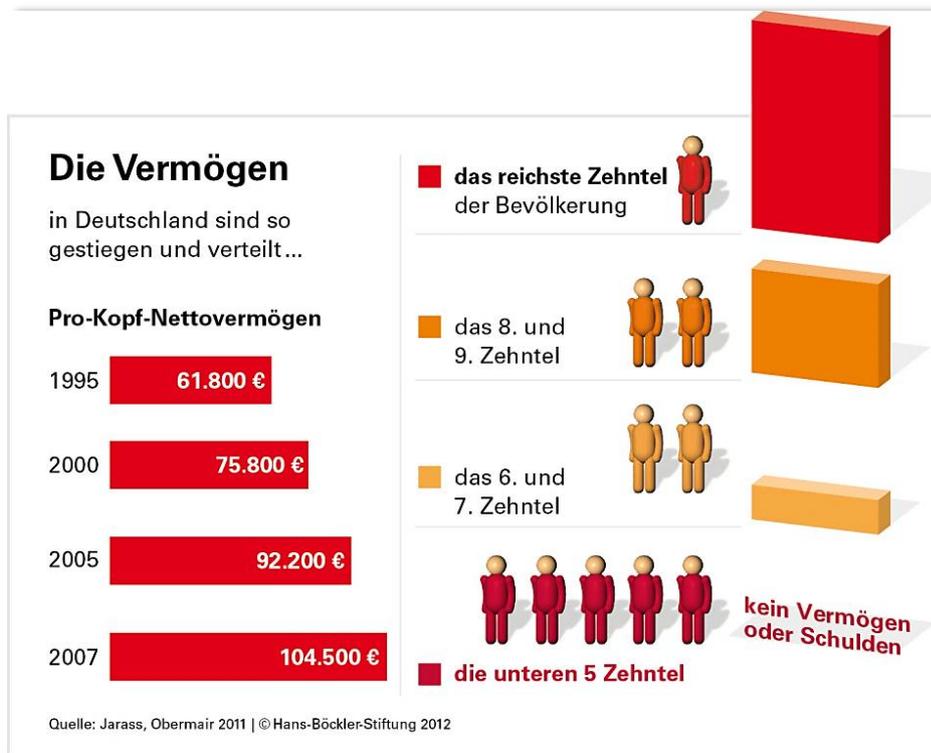
Was vererbt werden soll, die Top 5



Quellen: Postbank, Deutsche Bundesbank, Destatis, Arbeitskreis Steuerschätzung, Handelsblatt-Research

Zweitens ist das Realeinkommen jeder jüngeren Generation in der Regel immer höher als in der Vergangenheit. Diese Entwicklung wird neben dem Produktivitätsfortschritt durch den in der Vergangenheit aufgebauten Kapitalstock (Maschinen, Infrastruktur, Gebäude etc.), die Arbeit und den Verzicht „der Alten“ nach unmittelbarem Konsum erst möglich. Im Grunde erbt jede junge Generation von den Alten den Realkapitalbestand, aus dem sich ein höheres Einkommen, mehr soziale Sicherheit und Wohlstand ergeben – wenn man hierfür kämpft. *Drittens* ist in Anbetracht des demographischen Wandels also mit einer kleiner werdenden Bevölkerung zu rechnen. Entsprechend verteilt sich der Realkapitalbestand künftig auf eine

geringere Zahl von Personen auf. D.h., der Kapitalbestand pro Kopf steigt. Inwieweit die höhere Kapitalintensität wiederum höhere Einkommen schaffen und den Lebensstandard erhöhen kann, wie also die Verteilungssituation und die Produktion real gestaltet werden, wird aber politisch und nicht demographisch bestimmt.



Es geht also nie um *Generationengerechtigkeit*, sondern um den viel weiter gefassten Begriff von sozialer Gerechtigkeit und um eine rationale Politik, die der Mehrheit der Bevölkerung dienlich ist. Wenn überhaupt geht es um Verteilungsgerechtigkeit und die Frage, wie und auf welchem sozioökonomischen Niveau wir in den nächsten Jahren leben wollen. Natürlich wird es auch strukturelle Veränderung bei der Produktion und Verteilung der Waren, Güter und Dienstleistung geben müssen, um die Belastungen und Entlastungen des demographischen Wandels solidarisch und ökonomisch effizient zwischen jung und alt zu verteilen. Niemand sollte jedoch übersehen, dass wir alle einen Lebenszyklus durchlaufen und die Mehrheit – ob jung oder alt – heute und morgen mehr Gemeinsamkeiten haben, als alle Warner und Mahner vor Generationenkonflikten und der demographischen Krise wahr haben wollen. Es ist also längst überfällig die entscheidenden Fragen zu stellen, die tatsächlichen Probleme zu lösen und die demographischen Geschichtenerzähler ins wohlverdiente Abseits zu stellen.